

Stadt Heidelberg  
Dezernat IV, Bürgeramt

**"Save me" - Für eine Aufnahme von  
Flüchtlingen in der Stadt Heidelberg**

## Beschlussvorlage

| Beratungsfolge                                     | Sitzungstermin | Behandlung | Zustimmung zur Be-<br>schlussempfehlung  | Handzeichen |
|--|----------------|------------|--|-------------|
| Ausländerrat/Migrationsrat                         | 23.04.2009     | Ö          | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne |             |
| Ausschuss für Integration<br>und Chancengleichheit | 05.05.2009     | Ö          | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne |             |
| Sozialausschuss                                    | 14.05.2009     | Ö          | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne |             |
| Haupt- und Finanzaus-<br>schuss                    | 18.06.2009     | Ö          | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne |             |
| Gemeinderat  | 02.07.2009     | Ö          | <input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein <input type="radio"/> ohne |             |

**Beschlussvorschlag der Verwaltung:**

*Der Ausländerrat/Migrationsrat, der Ausschuss für Integration und Chancengleichheit, der Sozialausschuss und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:*

*Die Stadt Heidelberg begrüßt die „Save-me“-Kampagne von PRO ASYL, Amnesty International, dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, dem Asylarbeitskreis Heidelberg und anderen Organisationen und Einzelpersonen und unterstützt die Bemühungen der Initiative, das vom Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) eingerichtete Programm „Resettlement“ auch in der Bundesrepublik Deutschland umzusetzen.*

*Nachdem sich sehr viele Städte - z. B. Berlin, Mainz, München, Kiel und Reutlingen – bereits für eine weitere Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen haben, erklärt sich auch die Stadt Heidelberg bereit, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, wenn das Kontingent erweitert werden sollte. Der Oberbürgermeister wird deshalb gebeten, sich bei der obersten Landesbehörde und dem Bundesinnenministerium dafür einzusetzen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland an dem Resettlement-Programm der Vereinten Nationen beteiligt.*

## I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

| Nummer/n:<br>(Codierung) | + / -<br>berührt: | Ziel/e:   |
|--------------------------|-------------------|---|
| QU 3                     | +                 | Bürger/innenbeteiligung und Dialogkultur fördern<br>Ziel/e:<br>Integration und kulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen |
| QU 6                     | +                 |   |
| KU 1                     | +                 | Kommunikation und Begegnung fördern   |

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



## II. Begründung:

Die „Save-me“-Kampagne wird unterstützt von zahlreichen Organisationen und Institutionen wie PRO ASYL, Amnesty International, dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, dem Asylarbeitskreis Heidelberg und vielen mehr.

Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht vor den Konflikten rund um den Globus. Belastet durch die Flüchtlingswellen werden oftmals die Nachbarstaaten, die mit der Aufnahme der Bedürftigen schnell überfordert sind. Mit der Kampagne „Save-me - Eine Stadt sagt Ja!“ bekennen sich jetzt Bürger/innen aus ganz Deutschland zu den Flüchtlingen und fordern aktive Unterstützung durch die Politik. Auch in Heidelberg hat sich eine Gruppe auf Initiative des Asylarbeitskreises gegründet.

Die Flüchtlinge aus den Krisengebieten werden zwar meist von den Nachbarstaaten aufgenommen, doch in den überfüllten Lagern fehlen ihnen die Perspektiven. Die Rückkehr ins Heimatland ist unmöglich oder zumindest der Zeitpunkt nicht absehbar, für die Weiterreise in reichere Staaten fehlen die Mittel. Das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat dafür schon das passende Programm eingerichtet: „Resettlement“ heißt die Praxis, Flüchtlinge aus den Lagern in den Erstzufluchtsstaaten weiterzuvermitteln. Eine solche neue Lebensperspektive bieten bislang vor allem die USA oder Kanada.

Aus diesem Grund sollen sich viele Initiativen gründen und so das Programm in die Öffentlichkeit bringen, um die Politik – insbesondere auf Bundesebene, die über die mögliche Teilnahme Deutschlands am „Resettlement-Programm“ zu entscheiden hat – davon zu überzeugen, dieses Programm aktiv auch für die Bundesrepublik Deutschland umzusetzen .

Unterstützer sind PRO ASYL, das UNHCR und viele Wohlfahrtsverbände, Kirchen, Menschenrechts- und Flüchtlingsorganisationen. Wenn es heißen soll „Save me - Heidelberg sagt Ja!“ müssen möglichst viele Heidelberger/innen sich zu dem Projekt bekennen. Am einfachsten geht das, in dem man sich als Pate auf der Homepage der Initiative registriert. Auch Vereine und Initiativen können sich hier mit den Zielen der Kampagne solidarisch erklären.

### **Die Heidelberger Initiative hat es sich zum Ziel gesetzt, dass**

1. die Stadt Heidelberg ihre Bereitschaft erklärt, bis zu 130 Flüchtlinge im Rahmen eines Resettlement-Programms der Bundesregierung dauerhaft aufzunehmen und bestmöglich zu integrieren.
2. die Stadt Heidelberg die Bundesregierung auffordert, ein kontinuierliches Programm zur Aufnahme von Flüchtlingen (Resettlement) einzurichten.

### **Die Heidelberger Initiative begründet ihre Ziele wie folgt:**

Millionen schutzbedürftiger Flüchtlinge weltweit befinden sich in einer ausweglosen Lage. Die internationale Gemeinschaft ist gefordert, die - selbst meist armen und strukturell überforderten - Erstzufluchtländer bei der Aufnahme von Flüchtlingen nicht allein zu lassen. Der hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) ist von den Vereinten Nationen beauftragt, dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge zu finden. Eine solche Lösung ist u. a. die dauerhafte Aufnahme von Flüchtlingen in einem aufnahmebereiten Staat (Resettlement = „Neuansiedlung“). Eine ganze Reihe von Staaten betreiben seit Jahrzehnten Neuansiedlungsprogramme auf freiwilliger Basis, vor allem die USA. Auch europäische Staaten wie Schweden, Norwegen, Dänemark, Großbritannien und die Niederlande stellen jährliche Aufnahmekontingente für Flüchtlinge bereit.

Vor dem Hintergrund der Situation der Flüchtlinge auf der Welt hält UNHCR eine Ausweitung der verfügbaren Neuansiedlungskapazitäten für dringend erforderlich und versucht, auch Deutschland zu einem Resettlement-Programm zu bewegen und unterstützt die Aktion „Save me“. Eine Ausweitung der Neuansiedlungspolitik wird auch von den Europäischen Institutionen, namentlich dem Europäischen Rat und dem Europaparlament, ausdrücklich unterstützt. In der Öffentlichkeit wurden 30.000 Neuansiedlungsplätze für Flüchtlinge in Deutschland jährlich gefordert.

Die Stadt Heidelberg als Kommune soll sich ausdrücklich dazu bekennen, Flüchtlinge aufzunehmen und einen Teil dazu beizutragen, dass Schutzbedürftige, die in ausweglosen Situationen sind, eine neue Heimat finden und eine Lebensperspektive erhalten.

### **Zuständigkeit:**

Zuständig für die Entscheidung, ob Flüchtlingskontingente aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden, ist die oberste Landesbehörde, in Baden-Württemberg das Innenministerium Baden-Württemberg, im Benehmen mit dem Bundesministerium des Innern. Daneben kann zur Wahrung besonderer politischer Interessen das Bundesministerium des Innern im Benehmen mit den obersten Landesbehörden die Aufnahme bestimmter Ausländergruppen anordnen.

Die Stadt Heidelberg kann also lediglich gegenüber dem Innenministerium Baden-Württemberg und dem Bundesinnenministerium deutlich machen, dass sie eine solche Aktion angesichts der Flüchtlingsdramen in der Welt grundsätzlich begrüßen würde. Sollte sich die Bundesrepublik an dem UN-Programm beteiligen, so würden die aufgenommenen Flüchtlinge nach dem üblichen Verfahren auf die Bundesländer verteilt.

Je nachdem wie groß das aufgenommene Flüchtlingskontingent insgesamt wäre, würde dann auch eine gewisse Anzahl von Flüchtlingen ggf. nach Heidelberg kommen.

Flüchtlinge, die in einem solchen Kontingent Aufnahme in Deutschland finden, erhalten von der zuständigen Ausländerbehörde eine Aufenthaltserlaubnis, die zur Arbeitsaufnahme berechtigt. Zum Kerngedanken von Resettlement gehört es, nicht nur akute Nothilfe zu bieten, sondern Lebensperspektiven zu schaffen. Die Konsequenz daraus ist ein sicherer Aufnahmestatus und sofortige, umfassende Integrationsangebote für die aufgenommenen Flüchtlinge, um die kommunalen Haushalte nicht zusätzlich auf Dauer zu belasten.

Zur Verfügung stehen 229 Unterbringungsplätze, von denen 104 belegt sind. Davon werden 15 Plätze für neu ankommende Flüchtlinge aus dem Irak benötigt, so dass noch 110 Unterbringungsplätze zur Verfügung stehen.

Die Belegung erfolgt unter dem Aspekt der Notunterbringung, so dass die Zimmer mit bis zu 3 Personen belegt werden.

Wenn sich die Stadt bereit erklären sollte, im Rahmen von „Save me“ 130 Personen aufzunehmen, müsste auch für eine adäquate Unterbringung gesorgt werden. Den Betroffenen ist sicherlich zuzumuten, sich vorübergehend räumlich einzuschränken. Auf familiäre Beziehungen würde Rücksicht genommen werden. Die derzeitige Belegungspraxis sieht dies allerdings nicht vor. Dadurch würde sich die freie Kapazität auf ca. 60 Personen verringern.

Die Flüchtlinge können auch jederzeit anderweitigen Wohnraum anmieten. Eine sog. Wohnsitzauflage gibt es nicht.

Nachdem sich sehr viele Städte - z. B. Berlin, Mainz, München, Kiel und Reutlingen - für die Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen haben, erklärt sich auch die Stadt Heidelberg bereit, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, wenn das Kontingent erweitert werden sollte. Der Oberbürgermeister wird deshalb gebeten, sich bei der obersten Landesbehörde und dem Bundesinnenministerium einzusetzen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland an dem Resettlement-Programm der Vereinten Nationen beteiligt.

gez.

in Vertretung

Dr. Joachim Gerner